

Positionspapier Endlager Lägern-Nord

Datum	8. Sept. 2010
Autoren	Barbara Schaffner, Thomas Aebi, Daniel Hugentobler
Status	Angenommen von der Mitgliederversammlung vom 4. Sept. 2010

Ausgangslage

Das Gebiet nördlich der Lägern ging aus der Evaluation der NAGRA als einen der drei möglichen Standorte für hochaktiven Abfall hervor.

In diesem Herbst wird eine Vernehmlassung in der Bevölkerung, die von dem Endlager direkt betroffen ist, durchgeführt.

Die glp stellt sich in ihren Leitlinien klar gegen Atomkraftwerke (AKW). Bezüglich der Abfallproblematik wird festgehalten: ‚Sobald die zu lagernden Mengen an hochaktiven Abfällen durch einen klaren Beschluss zum Ausstieg definiert ist, soll möglichst in der Schweiz ein geeigneter Standort für ein geologisches Tiefenlager evaluiert werden.‘

Position der glp Dielsdorf

Die glp Dielsdorf vertritt klar die allgemeine Parteimeinung und wehrt sich unter den gegebenen Bedingungen gegen den Bau eines Tiefenlagers für hochaktive Abfälle im Gebiet Lägern-Nord.

Die glp Dielsdorf legt aber Wert darauf, dass sich ihr Widerstand nicht gegen den Standort Lägern-Nord im speziellen richtet, sondern momentan gegen jeden Standort. Dieser Widerstand soll aufrechterhalten werden, solange in der Schweiz die Möglichkeit besteht, dass neue Atomkraftwerke gebaut werden und somit immer neue Abfälle anfallen. Es geht also in erster Linie um die richtige Reihenfolge der Entscheidung.

Sollte die Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomenergie erfüllt werden, kann die bestehende und bis zum kompletten Ausstieg anfallende Abfallmenge bestimmt werden. Erst dann ist nach den besten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Standort für ein Endlager zu bestimmen. Die glp ist ab diesem Zeitpunkt bereit, die Diskussion konstruktiv und sachlich zu führen. Die Endlagerfrage darf dabei auf keinen Fall zu einem populistischen Lokalpolitikum werden – sie ist eine nationale Angelegenheit

Die glp empfiehlt einen internationalen Wissenstransfer zur bestmöglichen Antwort auf die Endlagerherausforderung. Der Standort selber muss jedoch in der Schweiz sein, um eine rasche Lösung voranzutreiben.

Die Diskussion über ein Endlager ist aber zuerst einmal eine Diskussion über die Atomenergienutzung an sich. Die glp Dielsdorf fordert alle Mitbewohner im Bezirk, die sich gegen ein Endlager ‚vor ihrer Haustüre‘ wehren, auf, sich konsequenterweise gegen den weiteren Bau von AKWs auszusprechen. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Berg an hochaktivem Abfall nicht weiter wächst und allenfalls noch in Jahrzehnten regelmässig in unseren Bezirk zur Endlagerung geschickt wird.

Argumentation gegen die Atomenergie

Die Atomenergiediskussion wird oft wie eine Glaubensdiskussion geführt. Da die Unfallgefahr sehr klein ist, das Schadenspotential aber sehr gross ergibt sich für das Risiko (das Produkt zwischen den beiden Werten) eine sehr grosse Unsicherheit. Damit lässt sich kein Weg aus dieser Glaubensdiskussion finden.

Die glp Dielsdorf möchte weg von der damit verbundenen Politik der Angstmache in beide Richtungen (Unfall, Verstrahlung auf der einen Seite vs. Stromlücke, Black-out auf der anderen Seite) und einige andere, sachlichere Punkte aufgreifen.

- Atomstrom kann nicht mit einheimischen Ressourcen erzeugt werden. Die Auslandabhängigkeit besteht durch die Notwendigkeit, das Uran zu beschaffen.
- Der Rohstoff Uran ist genauso endlich wie Öl, Gas, Kohle.
- Die heute bekannten und wirtschaftlich abbaubaren Uranvorräte reichen für ca. 80 Jahre – bei konstantem Verbrauch auf heutigem Niveau. Die weltweite Atomstromproduktion trägt aber nur etwa 14% zur gesamten Stromproduktion bei. Bei einem vermehrten Bau von Atomkraftwerken würden die Vorräte viel rascher schwinden.
- Das Klimaproblem lässt sich durch Atomenergie nicht lösen. Wenn nur der Kohlenstromanteil von 42% an der weltweiten Stromproduktion durch Atomkraftwerke gedeckt werden soll, reichen die Vorräte nur noch 20 Jahre.
- Die Planungs- und Bauzeit von Atomkraftwerken liegt in der Grössenordnung von 20-30 Jahren. Es ist also gut möglich, dass nach der Fertigstellung eines neuen Atomkraftwerks die Verfügbarkeit von Uran stark reduziert ist.
- Die CO₂-Bilanz berücksichtigt nicht die ganze Umweltwirkung eines AKWs und ist sehr umstritten.
- Eine Weiterführung der Atomenergiestrategie bindet finanzielle Mittel, die besser darauf verwendet werden, auf erneuerbare Energien umzustellen.
- Die Kostenwahrheit bei der Atomkraft ist nicht gegeben, da die Risiken und zukünftige Kosten nicht im Strompreis eingerechnet sind.